

# VORSCHLAG FÜR EIN AKTIONSPROGRAMM DES AJLE

## I. GRUNDSÄTZE UND ZIELE

Wie schon in den letzten Jahren muß es auch weiterhin Ziel des AJLE sein: "Das Bewußtsein von gewerkschaftlicher Arbeit als parteilicher Arbeit in die Mitgliedschaft zu tragen." (AJLE-Jahresbericht 1972/73)

Dabei gehen wir von folgenden Grundsätzen aus:

Wir sind gegen das dreigliedrige Schulsystem, dessen Auswirkung eine systematische Benachteiligung der Kinder Arbeiter und übrigen Lohnabhängigen ist. Die Mehrheit dieser Kinder befindet sich an Volks- und Realschulen, die vom Staat - im Gegensatz zu den Gymnasien - besonders schlecht ausgestattet werden. So gibt die 'öffentliche Hand' jedes Jahr DM 2170.- pro Gymnasialschüler aus, aber nur DM 1190.- pro Volksschüler. (Erziehung und Wiss. 9/72) Kinder, die in zu großer Zahl in zu kleinen Klassenräumen von schlecht ausgebildeten und dazu noch überlasteten Lehrern unterrichtet werden, lernen schnell, welche Arbeitstugenden gefordert sind.

"Sie lernen, daß man immer besser oder schlechter als die anderen ist; einer wird gewinnen, also wird auch einer der letzte sein, und daß das halt so ist im Leben. Sie lernen, daß man immer nach Zeit arbeiten muß, daß man funktionieren muß. Sie lernen,

daß man sich gegenseitig nicht helfen darf; daß der Nachbar der Gegner ist; daß man dumm ist, wenn man dem Kollegen hilft, denn erstens wird vorsagen bestraft, zweitens drückt die bessere Note des Kollegen die eigene Note; gute Noten -hohen Lohn- kann man nur auf Kosten anderer bekommen." (J. Beck, Lernen in der Klassenschule, S.165.)

Auch die Gesamtschulen sind kein Mittel, diesen Zustand grundlegend zu ändern.

Die großen Gebäude, in denen Gesamtschule stattfindet und die Kinder aller Schichten ab der 5.Klasse zusammensitzen, wo gefördert wird, wo 'nach Interesse und Neigung' gewählt wird, wo neue Fächer wie Arbeitslehre und Natur und Technik in den Unterrichtsstoff mitaufgenommen worden sind, erscheinen noch vielen Lehrern und Eltern als eine Möglichkeit, die Schule zu organisieren.

Auch wenn man davon absehen würde, daß in den Gesamtschulen die gleichen Probleme wie an anderen Schulen bestehen - nämlich Lehrermangel und totale Überlastung der Lehrer, Stagnation der Planung der Lernziele, -inhalte und -verfahren, Häufung von Disziplinschwierigkeiten und Aggressivität - bringt die Gesamtschule keine entscheidende Veränderung für die Schüler.

Unsere Hauptkritik an der Gesamtschule ist nicht etwa die, daß das System zu wenig durchlässig sei, sondern die, daß die innere Differenzierung an-

hand von Leistungskriterien vorgenommen wird, die sich an den alten bildungsbürgerlichen Normen und Wertvorstellungen orientieren. Diese innere Differenzierung sorgt aber dafür, daß die Auswirkung des traditionellen dreigliedrigen Schulsystem erhalten bleibt. Die Broschüre des Amtes für Schule zu den 'Gesamtschulversuchen in Hamburg' gibt dazu zwei unterschiedliche Lern- oder Leistungsniveaus an: Hier wird unterschieden in das Lernniveau A, wo grundlegende Lernziele erreicht werden sollen und dem Lernniveau B, wo erweiterte Lernziele zu erreichen sind. Das Lernniveau A reicht aus für Volks- und Realschulreife, das Lernniveau B gibt die Gymnasialreife an. (Vgl. S.50ff.) So kommt nur der in die Klasse 11 der Gesamtschule, der von 11 Fächern acht mal ein B hat, davon zweimal mit der Note gut. Sechs von diesen elf Fächern sind wiederum an bestimmte Fächergruppen gebunden, die für eine Gymnasialreife als notwendig erachtet werden.

Es genügt nicht, die Schultypen und die Kinder aller Schichten unter einem Dach zusammenzufassen, um zu verhindern, daß die Schule Kletterleiter für den individuellen Aufstieg ist. Demgegenüber muß es gerade Aufgabe der HEV als Gewerkschaft im DGB sein, den Kampf um die Schule mit dem Ziel zu führen, das Ausbildungsniveau aller Schüler gleichermaßen durch die theoretische und praktische Vermittlung der Grundlagen der Hauptzweige der Produktion und der Verwaltung zu erschließen und ihre Fähigkeiten so zu erweitern, daß sie in der Lage sind, ihre politischen Rechte durchzusetzen, die Produktion zu beherrschen und im wissenschaftlichen Experiment ihre Kenntnisse von der Welt zu erweitern.

Deshalb setzt sich der AJLE für die Einheitlichkeit des Schulwesens ein, für den obligatorischen Schulbesuch bis zum 18. Lebensjahr und für die volle Durchsetzung der Lern- und Lehrmittelfreiheit ein.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt ausgehend sehen wir Lehrer und Erzieher vor allem als Lohnabhängige, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an den 'Arbeitgeber' Staat zu verkaufen.

Die GEW hat - wie alle Gewerkschaften - den Zweck, Lohnabhängige gegen den Käufer ihrer Arbeitskraft zusammenzuschließen und ihm ihre organisierte Kraft entgegenzustellen.

"Eine schlagkräftige Zusammenfassung der Lohnabhängigen in den Gewerkschaften (ist) nur dann möglich..., wenn außer diesem Grundsatz keine weiteren Bedingungen an die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft geknüpft sind." (Einstimmiger Beschluß der a.o. Junglehrerversammlung vom 12.12.73) Wir sind deshalb innerhalb der GEW für die Auseinandersetzung um die richtige gewerkschaftliche Linie an den konkret anstehenden Aufgaben. Wir halten konsequent fest am Prinzip der Einheitsgewerkschaft: Niemand darf wegen seiner politischen Gesinnung aus der GEW ausgeschlossen werden, sondern nur aufgrund konkret nachweisbaren gewerkschaftsschädigenden Verhaltens.

## II. UNSERE GEWERKSCHAFT- LICHEN FORDERUNGEN

### 1. Arbeitszeit und Lehrerbesoldung

Im Kampf gegen die Spaltung der Lehrerschaft in mehr- und minder-'qualifizierte' und besser und schlechter bezahlte, die durch das zweite BesVNG noch vertieft würde, und gegen die unterschiedliche Pflichtstundenzahl für verschiedenen Lehrergruppen fordern wir gemäß den gewerkschaftlichen Prinzipien 'einheitliche Ausbildung und Besoldung' und 'gleicher Lohn für gleiche Arbeit' (wobei die Tätigkeit entscheidend ist und nicht die Ausbildung):

- Weg mit dem Regierungsentwurf für ein 2. BesVNG !

- Keine Besoldung unter A 13 !
- 40-Stunden-Woche auch für Lehrer !
- 20 Pflichtstunden für alle Lehrer !
- Keine Klasse über 25 Schüler !

### 2. Lehrerbildung

Die Lehrerbildung muß für alle Lehrer gleich sein, theoretisches Arbeiten und Schulpraxis müssen vom ersten Semester an eng miteinander verknüpft sein. Unsere langfristige Forderung muß daher auf eine einphasige Lehrerbildung abzielen.

Die AG Richtlinien hat sich bereits auf der Arbeitsversammlung zu den Hamburger Richtlinien am 16.6.74 konstituiert und ist inhaltlich bestimmt worden.

1. Durch die AG Richtlinien soll vorbereitet werden eine Arbeitsversammlung: Richtlinien und Unterricht

Da Referendare und Junglehrer oft Schwierigkeiten haben bei der Vorbereitung ihres Unterrichts, bei der Materialbeschaffung und an vielen Schulen keine Koordination vorhanden ist, sollten sich in dieser Arbeitsversammlung zu jeder Klassenstufe Gruppen bilden, die regelmäßig ihre Erfahrungen mit dem Stoff austauschen, gemeinsam oder in Arbeits- teilung Unterrichtsvorbereitungen machen, die Richtlinien diskutieren und kritisieren, gute, parteilich gewerkschaftliche Unterrichtseinheiten und sonstige Arbeitsergebnisse werden von der AG Richtlinien in der GEW veröffentlicht und sollten auch von der GEW gegebenenfalls gegen die Behörde vertreten werden. Andere Arbeitsergebnisse werden von der AG Richtlinien gesammelt und geordnet, so daß sie von Kollegen eingesehen werden können.

## 2. Arbeitsversammlung: gewerkschaftliche Elternarbeit

Elternabende laufen oft noch sehr lahm ab. Deshalb ist ein Erfahrungsaustausch und Anleitung durch die GEW notwendig.

Für viele Kollegen besteht die Frage: Was kann ich dazu beitragen, daß sich auch besonders die Eltern von Arbeiterkindern aktiv für die Interessen ihrer Kinder einsetzen.

Zu folgenden Fragen sollte gearbeitet werden:

- Wie bringe ich das SVG auf dem Elternabend ein?
- Wie stelle ich den Stoffplan des Jahres den Eltern so vor, daß sie sich auch an der Diskussion beteiligen können?
- Das Schulgesetz sieht die Lernmittelfreiheit vor! Zwingt nicht die materielle Misere in der Schule dazu, die Eltern zum Kauf von Lernmitteln zu veranlassen? Wie kommen die Eltern zum Kampf für die Durchsetzung der Lernmittelfreiheit?
- Was kann ich zur Aktivierung der Eltern gegen die finanzielle und materielle Misere an den Schulen tun?

- Wie behandle ich das Problem des Stundenausfalls und der Belastung der Lehrer (Arbeitszeitverkürzung)?
- Information der Eltern über aktuelle Erlasse der Behörde.
- Oft haben die einzelnen Eltern bei bestimmten Unterrichtsinhalten Erfahrung und Wissen. Wie kann ich diese Fähigkeiten der Eltern sinnvoll im Unterricht einbeziehen (Eltern nicht nur als Hilfskräfte bei Klassenausflügen)?

## 3. Vertrauensleuteversammlung des Studienseminars

Zur Vorbereitung einer öffentlichen Referendarversammlung mit Personalräten der GEW:

In anderen Bundesländern gibt es einen Ausbildungspersonalrat, in Hamburg werden die Referendare durch die anderen Personalräte mitvertreten. Neben Einzelproblemen (z.B. werden Referendare an Gesamtschulen nicht durch den Personalrat Gesamtschule vertreten) sollten die Personalräte aus ihrer Arbeit, besonders der Referendarinteressenvertretung, vom Standpunkt der Gewerkschaft aus berichten. Dabei sollten vor allem Fragen wie etwa die Rechte der Referendare gegen willkürliche und politische Zensurierung, Zuweisung zu nichtgenehmen Mentoren, gesetzmäßige Verankerung der 4-Wochenpause für die schriftliche Arbeit etc. berücksichtigt werden. Anhand konkreter Schwierigkeiten soll der Charakter des Personalvertretungsgesetzes untersucht und auch die Frage geklärt werden, ob sich die GEW für einen Ausbildungspersonalrat einsetzen sollte.

4. In Zusammenarbeit mit der AG Studienseminar:

## Arbeitsversammlung der Referendare und Mentoren

- Die Situation der Ausbildung und Prüfung und die Rolle der Mentoren
- Die Forderung der Gewerkschaft zur Veränderung der Ausbildung im Interesse der Referendare und Mentoren
- Vorschläge zu Maßnahmen, wie die Forderungen durchgesetzt werden sollen, die z.T. schon seit Einführung des Referendariats von der GEW vertreten werden (Weigerung der Ausbildungstätigkeit durch die Mentoren).

Weiterhin muß der Lehrer aus eigener Erfahrung die späteren Arbeitsplätze seiner Schüler in Betrieb und Verwaltung kennenlernen.

Daher fordern wir:

- obligatorische Betriebspraktika in der Lehrerausbildung !

Um den immer drückender werdenden Lehrermangel an den Schulen zu beseitigen und ausreichende Ausbildungsbedingungen für alle Referendare zu schaffen, fordern wir:

- Freier Zugang zu den Ausbildungsstätten ! Weg mit dem NC am Studienseminar und an der Uni !

- Neubau des Studienseminars als zentrale Ausbildungsstätte für alle Referendare !

Gegen die Versuche, besonders die Referendare durch verschiedene Prüfungspraktiken zu disziplinieren und sie an den bestehenden Lehrbetrieb der Klassenschule anzupassen, fordern wir:

- Ersetzung der Prüfungszensuren durch 'bestanden' - 'nicht bestanden' !

- bis dahin: Offenlegung der Benotungskriterien und schriftliche Begründung der Noten !

- Öffentlichkeit der Prüfungen auf Wunsch des Referendars !

- Offenlegung aller Gutachten, die über den Referendar geschrieben werden !

Unser Ziel muß dabei die Abschaffung des zweiten Staatsexamens sein, d.h.

- Prüfungsloser Übergang zum öffentlichen Lehramt !

Um die Möglichkeit der Kommunikation zwischen Mentor und Referendar herzustellen, fordern wir:

- Freistellung der Mentoren für mindestens 4 Stunden pro Woche !

- Kein Lehrer darf gegen seinen Willen gezwungen werden, Mentor zu werden !

- Freie Wahl der Mentoren durch die Referendare !

- Ausreichende Informations- und Hospitationszeit für Referendare zum Kennenlernen verschiedener Schulen und Lehrer !

### 3. Unterrichtsinhalte

Die Hamburger Lehrer sind seit Anfang 1974 in ihrem Unterricht durch die Richtlinien gebunden, die Unterrichtsinhalte sind ihnen vorgegeben. Unsere Kritik an den Richtlinien konzentriert sich auf folgende Punkte:

- a) die undemokratische Erstellung am grünen Tisch ohne ausreichende Beteiligung der Lehrer und unter Ausschluß von Eltern und Schülern,
- b) die Festschreibung des dreigliedrigen Schulsystems, wie sie sich durch unterschiedliche Lernziele für Haupt-, Real- und Gymnasialschüler ausdrückt,
- c) die Mehrbelastung der Lehrer und die fehlenden Lehr- und Lernmittel,
- d) Die Aufteilung der Welt in Schubladen, Fächer genannt, bleibt bestehen, gesellschaftliche Vorgänge werden auseinandergerissen. Gesellschaftliche Konflikte werden zwar erwähnt, die dahinterliegenden Interessenkonflikte jedoch verschleiert und die konsequente Lösung im Interesse der Schüler verhindert.

Um zu verhindern, daß Schule und Studienseminar zu Zuchtanstalten der Gesinnung werden, fordern wir

- Gegen Bespitzelung und politische Zensur !

- Für das Recht auf freie Auseinandersetzung und Kritik an den Lehrinhalten in der Schule und im Studienseminar !

### 4. Demokratische Rechte für Lehrer, Eltern und Schüler

Die GEW ist eine Gewerkschaft, deren Mitglieder nicht einmal die elementarsten Rechte besitzen wie das auf Abschluß eines Tarifvertrages und das auf Durchführung eines Streiks. Staatliche Pläne zur Einführung eines einheitlichen Dienstrechtes und Schlichtungsverfahren zielen auf einen weiteren Abbau der demokratischen Rechte der im öffentlichen Dienst Beschäftigten ab.

Berufsverbote sind nur die Spitze des Eisberges einer Vielzahl von abgestuften politischen Disziplinierungen. Während der Lehrerausbildung soll ein Netz von Abhängigkeiten den jungen Lehrer zum treuen Staatsdiener trimmen.

5. In Zusammenarbeit mit der AG Studien-  
seminar:

Informationsveranstaltung für Erst-  
semester zu Beginn jedes Semesters

6. Herausgabe von AJLE-Infos

Für die Dienststellenarbeit, besonders im  
Studienseminar

7. In Zusammenarbeit mit der FG Hoch-  
schule:

Arbeitsversammlung der außerord. (stud.)

Mitglieder der GEW, die sich mit der  
durch den Stellenstop an der Uni ver-  
schlechterten Lehr- und Lernsituation  
und den sich verschärfenden Prüfungs-  
bedingungen beim 1. Staatsexamen be-  
schäftigt.

8. GEW-Versammlung zur Lage an den  
Schulen und Berufsverböten

Vor dem Hintergrund einer Schulsituation,  
die sich durch staatliche Sparmaßnahmen  
weiter verschlechtert und u.a. durch

einen ständig wachsenden Lehrermangel  
gekennzeichnet ist, erdreisten sich Be-  
hörde und Senat zunehmend Berufsverbote  
gerade gegen solche Kollegen auszusprechen,  
die sich aktiv für Verbesserungen  
im Schulwesen einsetzten. Deshalb soll  
eine Versammlung der GEW stattfinden,  
zu der alle Betroffenen, auch Schüler  
und Eltern eingeladen werden, und auf  
der ihnen die Möglichkeit gegeben wird,  
Stellung zu nehmen.

9. Arbeit in den Dienststellen

Die hier entwickelten Vorschläge sollen  
insbesondere dazu dienen, die Arbeit  
in den Dienststellen mit voranzutreiben,  
denn besonders an den Dienststellen muß  
das Bewußtsein von gewerkschaftlicher  
Arbeit als parteilicher Arbeit gefördert  
werden, weil sie die Basis unserer  
Organisation sind.

- ARNE ANDERSEN (23), VR, 1. Sem.
- JÜRGEN DEGE (24), VR, 3. Sem.
- VOLKER DIEL (29), Berufssch., 3. Sem.
- MICHAEL FRANK (24), VR, 1. Sem.
- JOACHIM PAULS (25), Gym., 1. Sem.
- ULRIKE OPPERMANN (24), VR, 3. Sem.
- BARBARA ROSENKRANZ (25), Gym., 3. Sem.
- CHRISTIAN SCHULZ (26), VR, 1. Sem.
- MANFRED SPRUNKEL (24), VR, 3. Sem.
- GISELA WACKERMANN-SIETAS (25), VR, 2. Sem.